

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1931

188 (17.8.1931)

Volkstreuend

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE SOZIALDEMOKRATISCHES KARLSRUHEBADENS

Anzeigenpreise Die 10 gepaltene Minutenspalte kostet 12 Pfennig, halbspalten-
spalten und Spaltenbreite 6 Pfennig. Die Resten-Minuten-
spalte 60 Pfennig. Bei Wiederholung Rabatt nach Tarif, der bei Nichterfüllung des
Bestellungsvertrages, bei gerichtlicher Beteiligung und bei Anstaltsaußenkraft tritt ein. Geschäfts-
zeit und Geschäftszeiten in Karlsruhe 1.2. o. Schluß der Anzeigen-Zeitungs 4 Uhr vormittags

Unsere wöchentlichen Beilagen: Heimat und Wander
Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Junges
Die Musikstunde / Sport und Spiel / Die Welt der

Abonnementpreise monatlich 2,50 Mark o. ohne Zusendung 2,20 Mark o. durch die Post
2,60 Mark o. Einzelerwerb 10 Pfennig o. Erscheint 6mal wöchentlich
vormittags 11 Uhr o. Deutsches Postamt 2830 Karlsruhe o. Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsru-
her-L. 2, Reichstraße 28 o. General 7020 und 7021 o. Postfach-Nummern: Durlach, Haupt-
straße 9, D.-Baden, Jagdstrasse 12; Rastatt, Poststraße 2. Offenburg, Hauptstraße 8

Nummer 188

Karlsruhe, Montag, den 17. August 1931

51. Jahrgang

Drohender Elendswinter

Wie der Reichskanzler den kommenden Winter sieht - Appell an die Staatsmänner Europas - Wird endlich der deutsche Pensionskandal beseitigt?

Reichskanzler Brüning hatte mit dem Chefredakteur der Daily Mail eine Unterredung, in der er sich über die Lage Deutschlands äußerte. Diese Äußerungen werden in der Daily Mail folgendermaßen wiedergegeben:

Der kommende Winter werde der schlimmste für Europa in den letzten hundert Jahren sein. Die Deutschen würden am meisten von ihm zu spüren bekommen. Es werde in Deutschland wenigstens sieben Millionen Arbeitslose geben, und die Schwierigkeiten, sie zu unterhalten, werden gleich groß sein für Reich, Länder und Gemeinden. Außerdem werde unsere finanzielle Unsicherheit unsere Nachbarländer an und falle von dort wieder auf uns zurück, wodurch wir immer tiefer in den Sumpf hineingerieten. Ein einziges Hilfsmittel gebe es, und zwar die internationale Zusammenarbeit, um der gemeinsamen Gefahr mit gemeinsamen Kräften zu begegnen. Er richtete einen Appell an die verantwortlichen Staatsmänner Europas, sobald wie möglich zusammenzukommen, um die Preise für Waren gleicher Qualität international festzusetzen und den verheerenden Konkurrenzkampf in Handel und Industrie auszuschalten, der jetzt zwischen den Ländern tobt. Außerdem würde er eine internationale Regelung der bestehenden hohen Zölle begrüßen. Er sei erfreut, sagen zu können, daß dies nicht nur ein frommer Wunsch sei; er habe über diesen Punkt auch bereits private Besprechungen mit den Ministerpräsidenten Englands und Italiens gehabt, könne jedoch hierüber nichts weiter sagen, bis er nicht auch den französischen Ministerpräsidenten gesprochen habe. Die Wichtigkeit für Abwesenheitsbesprechungen sei begrenzt, doch sei ein Fortschritt selbst in kleinen Dingen notwendig, um das Vertrauen wiederherzustellen, das Europa so dringend benötige. Er hoffe zuversichtlich, daß in dieser Richtung bald wirksame Ergebnisse erzielt werden könnten.

Eine andere Voraussetzung für die Rettung Europas sei das politische Vertrauen; es sei von grundlegender Bedeutung, daß die Völker Europas an die Erhaltung des Friedens auf lange Sicht glauben.

Auf die Frage, ob er irgendwo in Europa eine ähnliche Sehnsucht nach Frieden verspüre, antwortete der Kanzler, er habe in der letzten Zeit verschiedene Länder in Westeuropa besucht, und er sei überzeugt, daß die führenden Staatsmänner den Frieden wollten. Nur die Furcht und das Bedauern, sich auf den äußersten Notfall vorzubereiten, seien für die Abneigung gegen eine allgemeine Abrüstung verantwortlich. Kein Land könne letzten Endes den tödlichen Folgen eines Mangels an politischem Vertrauen entgehen, der das Bestehen eines riesigen Kriegsapparates zur Bedingung habe. Er habe Frankreich von der Wahrheit des deutschen Willens zu dauerndem Frieden zu überzeugen versucht, Frankreich, dem die deutsche Wehrlosigkeit der beste Beweis dafür sein sollte, daß es mit Deutschland in keinen Krieg verwickelt werden könne. Wenn er den Europäern einen guten Rat geben dürfte, so möchte er ihnen zurufen: „Sprecht nicht vom Krieg als eine Möglichkeit für die Zukunft!“ Er sei überzeugt, daß solches Kriegesgeschwätz zum Weltfrieden geführt habe; denn dadurch würden selbst die Regierungen empfindlich und nervös.

Die Gründe der gegenwärtigen Schwierigkeiten Europas sah Dr. Brüning in folgende vier Punkte zusammen: 1. Die Ueberindustrialisierung der kleineren Staaten; 2. Die Abnahme der Kaufkraft in China und Indien; 3. die hohen Zölle in der ganzen Welt; 4. die Richtung, in der die deutschen Reparationszahlungen lägen. Er sah sich nicht, es auszusprechen; aber bei der Suche nach besseren Ausblicken für Europa sah er immer wieder auf den Vertrag von Versailles. Dr. Brüning kam dann auf die Lage des französischen Geldmarktes und auf den Kommunismus in Deutschland zu sprechen, den er für die größte innere deutsche Gefahr hält, und erklärte bezüglich der Ausschaltung des Reichstages, er sei ein überaus treuer Anhänger des demokratischen Prinzips und nehme sicher an, daß der Reichstag im Herbst wieder zusammengetreten werde. Er sehe aber keine Notwendigkeit für eine lange Sitzungsperiode. Das gegenwärtige Entzern der kurzen Sitzungsabschnitte arbeite ausgezeichnet.

Zum Schluß erklärte Dr. Brüning, er habe niemals viel von großen internationalen Sitzungen, wie z. B. dem Völkerbund, gehalten. Er sei aber unbedingt von dem Werte persönlicher Beziehungen zwischen den Ministerpräsidenten der einzelnen Länder überzeugt; denn persönliche Vertraulichkeit führe Vertrauen ein.

Der Reichskanzler hat durch eine Meldung des Wolffschen Telegraphenbüros seine Äußerungen etwas abzuweichen versucht, aber man darf wohl annehmen, auch nach dem Wortlaut des Abschwächungsversuchs, daß Herr Brüning sich so geäußert hat, wie das englische Blatt berichtet. Nach wir sehen die wirtschaftliche und finanzielle Entwicklung für den kommenden Winter ganz außergewöhnlich ernst, wenn nicht vorher noch durch wirkliche internationale Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe den aller schlimmsten Auswirkungen der gegenwärtigen Weltkrise Abbruch getan wird.

Dem Herrn Reichskanzler und der Reichsregierung wollen wir aber das folgende sagen: Die Not steigt. Die Lasten, die den Massen aufgebürdet werden, werden immer

drückender. Die Massen wissen, daß die Krise Opfer erfordert. Sie tragen die Opfer, wenn auch sie am allerwenigsten Schuld haben, daß diese Opfer so groß geworden sind. Was sie aber nicht ertragen, ist die Ungerechtigkeit in der Lastenverteilung. Wohl aber der schlimmste Punkt in diesem schlimmen Kapitel ist die Schonung der Großen. Die Sozialdemokratie hat mit immer schärferem Nachdruck die Heranziehung der Großen zur Verringerung der allgemeinen Not gefordert. Eine Zeitlang verweigerten sie gegenüber dieser Forderung die maßgebenden Stellen hinter der Behauptung, die Erhaltung der höheren Pensionen sei verfassungswidrig. War die Kürzung der Gehälter unten verfassungsmäßig, dann kann oben eine über diese Kürzung hinausgehende Erhaltung der höheren Pensionen in Fällen, wo ihre Bezüge durch privates Einkommen ihren Lebensunterhalt überreichlich sichergestellt haben, nicht verfassungswidrig sein.

Die Kürzung der Großen ist nicht nur notwendig, sie ist auch möglich. Trotzdem ist bis zur Stunde vom Reichsfinanzministerium nichts unternom-

men worden. Eine Zeitlang hieß es, das Reichsfinanzministerium habe die Großen pensionäre brieflich gebeten, sich gütig zu äußern, ob sie bereit seien, freiwillig auf einen Teil ihrer Pension zu verzichten. Jetzt läßt das Ministerium mitteilen, daß keine Briefe, insbesondere keine eingeschriebenen Briefe, abgeschickt worden seien. In Form von „Richtigstellungen“ möchte das Ministerium die Frage der Großen pensionen bagatelisieren. Es läßt erklären, kein Militärpensionär beziehe über 16 000 M. Pension und zwischen 12 000 und 16 000 M. gebe es zur Zeit 115 Militärpensionsempfänger, und diese Zahl vermindere sich, denn durchschnittlich seien in den letzten Jahren rund 100 Offiziere gestorben, und dann seien ja auch die Beamten- und Offizierspensionen durch die Notverordnung gekürzt worden und sie unterlägen im übrigen auch der Krisensteuer, wenn sie 16 000 M. im Jahre übersteigen würden.

Der Reichsfinanzminister traut sich anscheinend nur an die Kleinen heran; denn dieses Herumbrüden um eine durch die Not dieser Lage längst notwendig gewordene Erfassung der Großen pensionen macht einen wahrhaft erbärmlichen Eindruck.

Fünf-Tage-Woche in den Ver. Staaten geplant

New York, 15. Aug. Regierungs- und Wirtschaftskreise beschäftigen sich eingehend mit Vorschlägen zur Verkürzung der zu nehmenden Arbeitslosigkeit, namentlich mit dem Plan einer Einführung der Fünf-Tage-Woche in den Vereinigten Staaten, der von der Handelskammer befürwortet wird. Die Verwirklichung dieses Planes würde es ermöglichen, eine bestimmte Anzahl von Arbeitern und Angestellten während des größten Teiles des Jahres in den Hauptindustrien zu beschäftigen. Präsident Hoover prüft eingehend diesen Vorschlag, der einem Antrag auf staatliche Arbeitslosenunterstützung in der nächsten Session des Kongresses zuzuvorkommen will.

Landgemeinden gegen die Großstädte

Der Präsident des Deutschen Landgemeindetages und des Verbandes der preussischen Landgemeinden, Landrat a. D. Dr. Dr. Gerke, tritt in einer Rede in Wiesbaden die Finanzpolitik der großen Städte an. Gerade in den Großstädten seien in den vergangenen Jahren die Ausgaben weit über das Maß hinausgegangen, was der Steuer- und Wirtschaftskraft dieser Städte entsprach. Die Landgemeinden müßten sich gegen eine solche großstädtische Finanzpolitik wehren, weil sie bei Regierung und Parlamenten eine gefährliche Stimmung generell gegen die Gemeinden und deren Selbstverwaltung herbeiführen könnten. Gewisse Forderungen des von den Großstädten aufgestellten Sanierungsprogramms seien von den Landgemeinden längst durchgeführt worden.

Die Wahl vom 14. September ist schuld

Ein deutschnationales Geständnis

In Kassel ist vor einiger Zeit eine Genossenschaft verkracht, deren leitender Mann der deutschnationale Rechtsanwalt Brill war. Dieser Rechtsanwalt, der Wortführer der Deutschnationalen in der Kasseler Stadtverordnetenversammlung, war und ist der gehäufte Gegner der Sozialdemokratie; er hat sich in den ersten Jahren nach dem Umsturz in Reden und Zeitungsartikeln über die „korrupte“ SPD. gar nicht genug ausgedehnt können. Jetzt macht ihn die zahlreicheren Opfer der Genossenschaft für ihr Unglück verantwortlich. Das Gericht hat ihnen bereits weitgehend recht gegeben, so daß Brill auch persönlich mit seinem großen Privatvermögen herangezogen werden soll. Daß der Nazianwalt Freisler in Kassel, von dem Brill sich kaum unterscheidet, jetzt die Genossenschaftsopfer gegen Brill vertritt und mit den heftigsten Vorwürfen nicht zurückhält, ist außerst pikant. Der Deutschnationale Brill sucht sich dem Nazi gegenüber wie folgt zu rechtfertigen:

„Er sei mit bester Aussicht auf Erfolg bemüht gewesen, mit Hilfe eines holländischen Konfessions die Genossenschaft zu retten, aber — das Ergebnis der Reichstagswahlen vom 14. September habe die Holländer abgestreift; man habe sich nicht mehr getraut, Gelder nach Deutschland zu geben. So sei die Darlehensaufnahme unmöglich geworden.“

Je mehr Nazis, um so mehr Not und Bankrotte, das bezeugt nun auch der Eugenberg Brili!

Eisenbahnkatastrophe

12 Tote, über 40 Verletzte

Wien, 16. Aug. Der 10a. Rämerschneezug, der heute vormittags um 8 Uhr hier eintreffen sollte, ist bei Göß in der Nähe von Leoben (Steiermark) auf einen Güterzug aufgefahren. Mehrere Wagen wurden beschädigt, drei führten in die Mauer. Nach den bisherigen Feststellungen wurden 12 Personen getötet und vier lebensgefährlich verletzt. Sechs weitere Personen wurden schwer verletzt, 30 bis 40 mehr oder minder leicht.

Wien, 16. Aug. Ueber das Eisenbahnunglück von Leoben wird weiter gemeldet: Das Unglück ereignete sich in einer Kurve. Als der D-Zug Rom-Wien mit voller Geschwindigkeit in den vor ihm fahrenden Güterzug hineinfuhr, war die Wucht des Zusammenstoßes so groß, daß sich der Kopf- und der Gepäckwagen des D-Zuges in den ersten Personenzug hineinschob. Die Lokomotive fuhr über eine drei Meter hohe steile Böschung in die an der Unfallstelle vorüberfließende Mur. Wie durch ein Wunder blieben der Lokomotivführer und der Heizer dabei fast unverletzt. Der Bremser des letzten Wagens des Güterzuges konnte sich durch Abspringen im letzten Augenblick retten.

Unter den Toten und Schwerverletzten befinden sich keine Reichsdeutschen; es handelt sich zum größten Teil um Oesterreicher und Ungarn. Die Frage des Verschuldens ist noch nicht geklärt. Die beiden Fabrikleiter der Stationen Göß und Hinterberg, zwischen denen sich das Unglück ereignete, beschuldigen sich gegenseitig, das Signal auf freie Fahrt gestellt zu haben, während der Güterzug noch auf der Strecke war. Beide wurden wegen Verdunkelungsgefahr verhaftet und dem Gericht übergeben. Die Aufräumungsarbeiten an der Unfallstelle dauern zur Stunde noch an. Der Verkehr ist unterbrochen, da die Schienenanlage in einer Ausbuchtung von ungefähr 20 Metern zerstört ist. Man hofft, bis heute Mitternacht den normalen Verkehr wieder aufnehmen zu können. In der

Zwischenseit wird die Verbindung durch Autobusse aufrecht erhalten.

In dem verunglückten Zuge befand sich auch ein Wagen mit Kindern, die von einer Ferienkolonie nach Wien zurückfuhren. Die Kinder blieben unverletzt und sind bereits in Wien eingetroffen. Der Materialschaden ist sehr groß. An der Unfallstelle spielten sich fürchterliche Szenen ab. Zum Glück fuhr in dem Zuge als Reisender ein Wiener Chirurg mit, der an Ort und Stelle den Schwerverletzten erste Hilfe leistete und sie durch Rettungsabteilungen der Umgebung in die nächsten Spitäler bringen ließ.

Wien, 17. Aug. (Funkdienst.) Die Umstände, die zu dem schweren Unglück führten, konnten bisher noch nicht festgestellt werden. Der Güterzug war etwa gegen 3.45 Uhr morgens unmittelbar vor der Station Göß zum Halten beauftragt worden, so daß die Einfahrt für den D-Zug verriegelt war, ohne daß aber ein entsprechendes Signal gegeben worden wäre. Der D-Zug Rom-Wien raste deshalb in voller Fahrt heran; als der Lokomotivführer plötzlich hinter einer Kurve die roten Schlußlichter des Güterzuges bemerkte, war es bereits zu spät. Zwar verfuhr er noch, mit aller Kraft zu bremsen, aber er konnte die Geschwindigkeit des D-Zuges nur verhältnismäßig gering herabmindern. So kam die Maschine mit aller Gewalt auf die Güterwagen auf.

Der Lokomotivführer des verunglückten D-Zuges und der Heizer der Maschine, die beide kurz vor dem Unglück den Zug übernommen hatten, blieben unverletzt. Auch die Postbeamten des Schnellzuges kamen wie durch ein Wunder davon. Sie wurden durch die Wucht des Zusammenstoßes in den Gepäckraum des Postwagens geschleudert und dort unter Poststücken förmlich begraben. Einzelne erlitten Nervenschocks, andere leichte Gehirnerschütterungen.

Wahnsinnstaktik der KPD

Die KPD heft ihre Anhänger ins Unglück

Von Franz Künstler, M. d. R.

Heinz Neumann, der eigentliche Führer der kommunistischen Partei Deutschlands und das gefügige Werkzeug der russischen Tscheta, hat im Frühjahr in der Berliner Roten Fahne die baldige „wahrhafte Volksrevolution“ angekündigt. Aus der Volksrevolution wurde fünf Monate später der Dreißig und der Hugenberg, Hitler und Thälmann.

Diese Dreieinigkeit von Thälmann, Hakenkreuz und Sowjettern im Kampf gegen die Demokratie und Arbeiterklasse, erlebte am 9. August eine katastrophale Niederlage. Die perverse Kampfgemeinschaft brach zusammen wie der Dreißig und der Hugenberg, Hakenkreuz und Toskaner zu Beginn des Weltkrieges. Der Ueberlauf der Thälmann und Neumann zur weißen Front, der Senker und faschistischen Nordbanditen hat kommunistischen Arbeitern die Augen geöffnet. Diese Arbeiter verdienen unsere ganze Aufmerksamkeit. Wir müssen sie überzeugen, daß der Zerpflegung und Zerschlagung der deutschen Arbeiterbewegung Einhalt geboten werden muß.

Der Empörung der kommunistischen Arbeiter über den Verfall und die Niederlage vom 9. August glaubten gewisse Stellen in der Leitung der deutschen Sektion der Dritten Internationale dadurch begegnen zu können, daß die blutigen Vorgänge am Bülowplatz in Berlin zum Richtmaß für das an der Arbeiterklasse begangene Verbrechen ausgerufen waren. Alle Ueberfälle auf Polizeibeamte und sozialdemokratische Funktionäre vor und am 9. August waren nicht unvorbereitet. Die intellektuellen Urheber sind in jenen Kreisen der kommunistischen Partei zu suchen, die sich um das militärpolitische Mitteilungsblatt Oktober gruppieren. Um dieselbe Zeit als Heinz Neumann im März ds. Js. ausrief: „Die Kommune marschiert auf, die Kommune steht drohend im Hintergrund“ wurden in dem militärpolitischen Mitteilungsblatt Oktober — eine illegal erscheinende Schrift — Serienartikel über „Die revolutionäre Armee und der Straßenkampf“ und „Zur Taktik des Straßenkampfes“ im bewaffneten Aufstand“ veröffentlicht. Selbst vom rein „revolutionären“ Standpunkt der Kommunisten ausgehend sind die Veröffentlichungen ein Verbrechen. Sie hat irgend ein Generalkommando seinen Feldzugsplan in Broschürenform erscheinen lassen, damit der Gegner Einblick erhält über Ziel und Taktik des militärischen Vorgehens. Die Kommunisten aber beschreiben alle Einzelheiten einer gewaltigen Auseinandersetzung und liefern ihre eigenen Leute von vornherein dem Gegner aus.

Ist es Wahnsinn oder Spiegelsache? Wer wird diese Frage richtig beantworten können. Beides wird zusammen gehören. Ueber die Aufgaben der Arbeiterbewegung der revolutionären Armee heißt es in der Aprilnummer 1931 der Schrift Oktober:

„Organisierung und Bewaffnung“

1. Selbständige militärische Aktionen.
2. Führung der Volksmenge. Die Abteilungen können jede Größe haben, von zwei, drei Mann angefangen.

Die Abteilungen sollen sich selbst bewaffnen, so gut es geht (Gewehr, Revolver, Bombe, Messer, Schlagring, Stock, petroleumge tränkte Lappen zur Brandstiftung usw.).

Die Abteilungen sollen sich nach Möglichkeit aus Leuten zusammensetzen, die nahe beieinander wohnen.

Jede Abteilung soll im voraus die Methoden und Mittel gemeinsamen Vorgehens ausarbeiten:

Zeichnen in den Fenstern, Türen und Pfosten, um in der Menge die Gruppengenossen zu erkennen usw.

Auch ohne Waffen wird den Abteilungen aufgegeben, eine „sehr ernste Rolle“ zu spielen:

1. Indem sie die Menge führen,
2. indem sie bei günstiger Gelegenheit Schulkente überfallen und ihnen die Waffen wegnehmen.

Ueber die vorbereitenden Aktionen wird wörtlich ausgeführt:

„Wir wiederholen, daß auch mit den praktischen Arbeiten sofort begonnen werden muß. Sie zerfallen in vorbereitende und militärische Operationen. Zu den vorbereitenden Operationen gehören: Die Beschaffung aller Arten von Waffen und Patronen, die Auswahl von für den Straßenkampf geeigneten Wohnungen (geeignet für den Kampf von oben, für die Unterbringung von Bomben, Steinen usw. oder von Säuren zur Veräufung von Schulkenten. Arbeit gibt es dabei genug, und zwar eine Arbeit, bei der jeder, auch wenn er zum Straßenkampf ganz ungeeignet ist, sogar ganz schwache Leute, Frauen, Halbwüchsler, Greise usw. ungeheuren Nutzen bringen können.“

Ueber den Einfluß der topographischen Besonderheiten der Stadt als Kampfgelände auf die Taktik des Straßenkampfes heißt es weiter:

„Die Stadt gibt den Kämpfenden eine Reihe von Vorteilen, die insbesondere den schlechter bewaffneten und schlechter organisierten Aufständischen zugute kommen. Das Vorhandensein toter Schießwinkeln in allen Richtungen und solcher Deckungen gibt verhältnismäßig viel Schutz vor dem Feuer der Gewehre, Maschinengewehre und der leichten Artillerie. Die Erdunsmöglichkeiten sind außerordentlich beschränkt. Nachrichten über den Gegner sind nur sehr unvollständig und nur durch fortwährenden Kampf und durch Agenten (Ausnutzung der nichtkämpfenden Bevölkerung) zu diesem Zweck zu bekommen.“

Trotzdem aus dem vorausgesagten klar hervorgeht, in welchem Maßstab sich die von den Kommunisten geführten Aufständischen gegenüber der Staatsmacht befinden, kommt der militärische Fachberater zu nachstehender Schlußfolgerung:

„Die Geschichte der vergangenen Aufstände in Westeuropa scheint zu beweisen, daß die Aufständischen unter den modernen Bedingungen einen Straßenkampf nicht gewinnen können. Das ist ein großer Irrtum. Trotz objektiver Schwierigkeiten, trotz der Aufständischen selbst in den vergangenen Kämpfen lehrreiche Beispiele gegeben, die beweisen, daß alle Chancen für sie sind. Unsere Sache ist es, die neuen Bedingungen, die neuen Methoden des Kampfes zu lernen, um die alten Fehler endgültig zu überwinden.“

Es war an der Zeit, gerade jetzt das Hazardenspiel der Kommunisten zu besprechen. Diese Richtlinien für den Straßenkampf und Bürgerkrieg sind blöden Hirnen vom Schlage eines „Klassenkämpfers“ und Leutnants Scheringer entsprungen. Wenn jetzt Polizeibeamte im Dienst getötet und sozial-

Sturmwolken über den Gemeinden

315 000 Gemeindearbeiter und Straßenbahner im Abwehrkampf

Die Verhandlungen des Gesamtverbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs mit dem Reichsverband kommunaler und anderer öffentlicher Arbeitgeberverbände Deutschlands, die infolge der Bestimmungen der Notverordnung erforderlich geworden waren und dieser Tage stattfanden, sind ergebnislos geblieben. Ein Versuch der Gewerkschaften, über den Reichsarbeitsminister eine Einigung herbeizuführen, ist gescheitert.

Der Reichsarbeitsgeberverband fordert — als erste Maßnahme — eine Kürzung der zur Zeit bestehenden Tariflöhne bis zu 14 Pfennig pro Stunde und entgegen den bevorstehenden Tarifanwendungen des Reichsarbeitsgeberverbandes bei Neueinstellungen. Ferner verlangt er Herabsetzung der Tarife der Wohlfahrtsfürsorgearbeiter auf den Stand der Reichsarbeitslöhne. Diese Maßnahmen sollen Geltung haben bis etwa zum 1. Oktober. Im Laufe des Septembers sollen dann neue Verhandlungen geführt werden, um einen weiteren Abbau der Löhne herbeizuführen.

Die Reichstaxikommissionen für die Gemeindebetriebe und Verwaltungen sowie für die kommunalen Straßenbahnen, die am Donnerstag gemeinsam tagten, haben die Vorschläge des Reichsarbeitsgeberverbandes einstimmig abgelehnt. Der Reichsarbeitsgeberverband hat daraufhin erklärt, daß er nunmehr von sich aus den Bezirksarbeitsgeberverbänden bzw. den angeschlossenen Stadtverwaltungen empfehlen werde, entsprechende Lohnkürzungen unverzüglich einzutreten zu lassen.

Die Gemeindearbeiter werden sich trotz Notverordnung nicht einfach vor vollendete Tatsachen stellen lassen. Die auf Grund der Notverordnung von den Gemeinden geforderte Herabsetzung der Löhne bedeutet für die Gemeindearbeiter eine Lohnkürzung von 25 bis 30 Prozent! Die einseitigen Anordnungen des Reichsarbeitsgeberverbandes beschwören schwere Kämpfe um die Lohn- und Tarifverhältnisse der deutschen Gemeindearbeiter herauf. Nahezu 60 Prozent aller deutschen Gemeindearbeiter sind in lebenswichtigen Betrieben beschäftigt: in den Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerken, in der Ernährungswirtschaft, in den Schlacht- und Viehhöfen, in den Markthallen, in der Stadtentwässerung, im Verkehrswesen, in den Hafenanlagen und in vielen anderen Zweigen der Gemeindevirtschaft, vor allem auch im öffentlichen Gesundheitswesen. Der Angriff auf die elementarsten Rechte dieser Arbeitnehmerklasse, die Außerkräftsetzung verfassungsmäßiger Rechte bringt die Gefahr großer wirtschaftlicher Kämpfe in greifbare Nähe, deren Auswirkungen im Augenblick kein Mensch zu übersehen vermag.

Der Protest, den der Gesamtverband der Arbeitnehmer — die ausschlaggebende freigewerkschaftliche Organisation der Gemeindearbeiter — gleich nach Erlass der Notverordnung an die Reichsregierung gerichtet und der Öffentlichkeit übergeben hat, ist von den maßgebenden Stellen bis zur Stunde nicht beachtet worden. Die deutschen Gemeindearbeiter haben erst zu Anfang dieses Jahres Lohnsenkungen in einem Ausmaß bis 8 Prozent auf sich genommen. Damals wurde mit dem Reichsverband öffentlicher Arbeitgeber ein Abkommen abgeschlossen, das den Bezirksarbeitsgeberverbänden und den angeschlossenen Gemeinden empfahl, Arbeitszeitverkürzungen vorzunehmen zum Zwecke der finanziellen Entlastung der Kommunen. Die Arbeitnehmer waren die Inhaber der Kommunen. Die Arbeiter waren die Inhaber der Kommunen, Dresden, Leipzig haben die Gemeinden von dieser Vereinbarung nicht Gebrauch gemacht. Im Gegenteil: sie haben heute noch Bezirke, in denen die Arbeitszeit wesentlich über 48 Stunden hinausgeht. Eine Verkürzung der Arbeitszeit wäre jederzeit das sicherste Mittel gewesen, die Gemeindefinanzen zu einem Teil von ihren Lohnausgaben, bzw. ihren Wohlfahrtsausgaben zu entlasten. Rund 100 000 Gemeindearbeiter arbeiten in den oben bezeichneten Bezirken und Gemeinden seit Anfang d. J. 44, 40 und noch weniger Wochenstunden. Gewaltige Opfer haben die Gemeindearbeiter aus Klassenloyalität und Interesse um die Erhaltung und den geordneten Gang der Gemeindevirtschaft und -verwaltungen gebracht.

Die Städte und Gemeinden können nicht bestreiten, daß die Lohnkürzung im letzten Jahre um einige 10 Millionen abgebaut werden konnten, die zum großen Teil den Wohlfahrtsämtern zugeflossen sind. Dieser Abbau und diese Verlegung der Etatsmittel ist auf Kosten der Lebenshaltung der Gemeindearbeiter gegangen. Arbeit in den Gemeindebetrieben ist aber heute keine Futtersorgebeschäftigung mehr, sondern zu nahezu 100 Prozent lebenswichtig und für das Gemeinwohl unbedingt erforderlich.

Die Durchführung der beabsichtigten Lohnkürzungen für die deutschen Gemeindearbeiter bringt trotz ernsthafter Würdigung der Finanzlage der Gemeinden die Gefahr großer Arbeitskämpfe, über deren Tragweite sich hoffentlich die Regierungen und die breite Öffentlichkeit keiner Täuschung hingeben. Die Gefahr ist akut. Sie abzuwenden, kann nicht denen zugemutet werden, die in den letzten Monaten durch Lohn- und Arbeitszeitverkürzungen schon sehr hart mitgenommen wurden.

demokratische Funktionäre überfallen werden, so sind als die eigentlichen intellektuellen Urheber die zu betrachten, die planmäßig und verbrecherisch Arbeiter zu den gekennzeichneten „revolutionären“ Handlungen treiben. In ihrem ganzen Tun und Treiben unterscheiden sich die Kommunisten nicht im geringsten von ihren faschistischen Bundesgenossen. Der 9. August war der Anfang zu einer Gefühlsregung der deutschen Arbeiterbewegung. Jetzt gilt es, die Arbeiterbewegung von der anstehenden Moskauer Krankheit zu heilen.

Aus der politischen Mordpraxis der KPD

Berlin, 17. Aug. (Eig. Meldung.) In der Saare-Strasse in Charlottenburg haben unbekannt Täter auf dem Saareplatz folgende Ausschreitungen gemacht: „Schick nicht! N.S.D. ich ich wieder.“

Berlin, 15. Aug. (Eig. Meldung.) Gegen fünf von den im Zusammenhang mit der Unterjagd der Bülow-Platz-Krawalle festgenommenen 28 Kommunisten sind vom Untersuchungsrichter Saffbelsche Erlasse worden. Dabei handelt es sich in erster Linie um vier Mitglieder der kommunistischen Kolonne aus der Franzosen-Strasse, die in dringendem Verdacht steht, daß sie von der beabsichtigten Ermordung der Schupooffiziere vorher gewußt, sich also der Vorbereitung des Verbrechens sowie der Unterjagd eines Angehörigen schuldig gemacht haben. Der fünfte ist ein gewisser Sacho, der bei den Unruhen am Bülow-Platz einen Schuß in den Hals erhielt, in eine Wohnung in der Nähe flichtete und schließlich entdeckt wurde. Dabei fand man eine Ordonanz-Waife, deren Gebrauch bei Kommunisten vielfach festgestellt wurde. Sacho wird sich wegen Landfriedensbruchs und unbefugten Waffenbesitzes zu verantworten haben.

Leipzig, 15. Aug. In einer schweren politischen Schlägerei kam es heute nachmittag an der Ecke Nagelburger und Bülow-Strasse, wo sozialdemokratische Flugblattverteiler von Kommunisten angegriffen und schließlich mit Messen geschlagen wurden. Der Blätterhändler Maurer erlitt einen schweren Augenschlag, der ihn kurz nach seiner Einlieferung in ein Krankenhaus kat. Ein zweiter Flugblattverteiler, der Steinbrecher Baumgarten, erhielt einen Schlag in den Hals. Ferner wurde ein Unbekannter namens Klemm ebenfalls durch Messerstiche schwer verwundet. Die beiden Verletzten konnten nach Anlegung von Notverbänden in ihre Wohnungen entlassen werden. Das Ueberfallkommando stellte die Ruhe wieder her und nahm auch einige verdächtige Personen fest, doch konnten die Verhaftungen nicht aufrecht erhalten werden. Die wahren Täter sind noch unbekannt.

Köln, 17. Aug. In der Nacht zum Sonntag kam es am Römermarkt zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten zu Schlägereien. Ein Kommunist wurde hierbei durch Messerstiche verletzt, so daß er in ein Krankenhaus eingeliefert werden mußte. Der Täter ist noch nicht ermittelt.

Eine Länderkonferenz in Oldenburg

In Oldenburg wird am Dienstag dieser Woche eine interne Länderkonferenz mittelfränkischer und norddeutscher Länder stattfinden. Es werden sich an der Besprechung beteiligen: Die Ministerpräsidenten und Finanzminister der Länder Oldenburg, Braunschweig, beide Mecklenburger, Thüringen, Anhalt, Schaumburg-Lippe und Lüneburg. Der Hauptgegenstand der Beratungen werden Finanzfragen sein. Ähnliche Besprechungen haben bereits zweimal stattgefunden.

Nationalsozialist erschossen

Limbach (Sachsen), 15. Aug. Nach der gestrigen Stadtverordnetenversammlung sammelten sich auf den Straßen der Stadt größere Menschenmengen an, wobei es zu Schlägereien und Messerstechereien zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten kam. Dabei wurden vier Personen schwer verletzt. Gegen 1 Uhr nachts wurde auf der Hohenheimer Straße ein in seine Wohnung zurückkehrender Nationalsozialist von bisher unbekannt Personen erschossen. Die Täter sind geflüchtet.

Keine Kürzung der Beamtgehälter

Die von verschiedenen Blättern aufgestellte Behauptung, es seien neue Kürzungen der Beamtgehälter geplant, werden vom Reichsfinanzministerium mit aller Entschiedenheit dementiert. Im Reichsfinanzministerium ist nicht das Geringste von derartigen Plänen bekannt.

Freistaat Baden

Verbot der Arbeiterzeitung

Der Minister des Innern sah sich gezwungen, die kommunistische sogenannte Arbeiterzeitung in Mannheim abzuverbieten, und zwar auf die Dauer von vierzehn Tagen. Das Kommunistenblatt hatte in einer Ausgabe nicht nur die badische Polizei in der schlimmsten Weise beschimpft, sondern auch in kaum noch verbüllter Form zu Gewalttätigkeiten gegen sozialdemokratische Führer und überhaupt gegen Sozialdemokraten aufgerufen. Das sind die Gründe für das erneute Verbot, das durchaus gerechtfertigt ist. Keine Regierung darf sich eine so schwere Beschimpfung der Exekutive des Staates gefallen lassen, sonst ginge jede Autorität des Staates einfach vor die Hunde. Die Hebe in der sogenannten Arbeiterzeitung beweist in geradezu erschreckender Klarheit, daß die kommunistischen Führer vor keiner Missetat, vor keiner bodenlosen Verleumdung und auch vor keiner politischen Schmutzerei zurückzucken, wenn sie Moskauer Befehle auszuführen haben.

Der ungewöhnliche und schamlose Klassenverrat, den die kommunistische Parteiführung an der deutschen Arbeiterklasse durch das Bündnis mit Sauerberg, Selde und Hitler beim Volksentscheid in Preußen begangen hat, hat innerhalb der KPD, zur Revolte geführt, denn dieser schamlose Streich auf Moskaus Befehl war selbst einem Teil der verhassten KPD-Mitglieder zu toll und zu unerträglich. Jetzt versucht die Führung der KPD, sich aus dem selbst eingebredeten Schlamassel dadurch heraus zu ziehen, daß sie eine Wortbesetzung gegen die Polizeibehörde inszeniert und darüber hinaus gegen die SPD, hegt, weil sie fürchtet, daß viele ihrer bisherigen Anhänger zur SPD übergehen könnten. Darum die bewußt verlorene Hebe gegen die SPD, als ob sie zum Arbeitermord beste, während die KPD-Führung schon seit Monaten jähwellig die Vorbereitungen dazu trifft, die Arbeiter, darunter vornehmlich die Gewerkschafter, zu sinnlosen und nur der schlimmsten Reaktion dienenden Putz- und Attentaten aufzufacheln. Die alleinigen Opfer würden die verhassten Arbeiter sein, denn die kommunistischen Führer drängen sich regelmäßig rechtzeitig in Sicherheit, wozu ihnen meistens diamantene gefällige Pässe dienen.

Wie wir schon vor wenigen Tagen dargelegt haben, wünscht die Führung der KPD, ein Parteiverbot, um dadurch sich der gegenwärtig vorhandenen inneren Schwierigkeiten entziehen zu können. Es kommt hinzu, daß die gesamte KPD-Preße seit einigen Monaten derart an Abonnentenschwund leidet, daß auch die zulässigen Subventionen nicht mehr oder nicht lange mehr ausreichen, um die übergroße Mehrheit dieser Organe über Wasser zu halten. Ein Parteiverbot wäre eine bequeme Rettung für die KPD-Führer. Eine solche Rettungsaktion wird ihr aber hoffentlich nicht zu teil werden. Die Regierungen müssen auch selbst gegenüber der kommunistischen Wutrede inoffensiv ruhig bleiben, daß sie zwar rücksichtslos durchgreifen, wo das erforderlich ist, aber nicht die Führer durch ein Parteiverbot retten. Trifft diese von KPD-Führung erzielte Rettung nicht ein, dann werden und müssen sich innerhalb aller nächster Zeit die unheilbaren Zerfallenserscheinungen in der KPD, offenbaren und ihre Wirkung tun. Das ist politisch bedeutungslos — und das muß erstrebt werden, nachdem die Führung der KPD, auf Moskaus Befehl durch die Vorbereitung und durch die Praktizierung einer vollendeten Wahnsinnstaktik die Hand habe dazu geboten hat.

Aus aller Welt

Schwere Autounfälle in Frankreich, 15 Tote, 60 Verletzte
 Paris, 16. August. Gestern, am Tage Maria Himmelfahrt, haben sich in Frankreich zahlreiche Autounfälle ereignet. Nach den Morgenblättern wurden 15 Personen getötet und etwa 60 verletzt, darunter 37 schwer. Ein besonders ernstes Verkehrsunfall ereignete sich bei Bois. Eine Muttervereinsgruppe hatte eine Pilgerfahrt nach dem Beinhaus von Douaumont und den Schlachtfeldern von Verdun unternommen. Ihre Mitglieder befanden sich in einem Autocar und einem einfachen Personentransportwagen. Als letzterer den Autocar überholen wollte, streifte er dessen linkes Hinterrad. Der Autocar schlug um, stürzte einen Abhang hinunter und geriet in Brand. Nicht weniger als sechs Personen kamen ums Leben, zwei wurden verletzt.

Ursache des Hyoner Hauseinsturzes
 Paris, 16. August. In der Angelegenheit der Hyoner Explosion, die zehn Personen das Leben gekostet hat, ist heute nachmittag von der Mutter der bei der Explosion gleichfalls ums Leben gekommenen Besitzerin des eingestürzten Hauses ein Geständnis abgelegt worden. Hiernach hat ihre Tochter die Absicht gehabt, ihr Haus in Brand zu stecken, angeblich weil die Mieter nicht bezahlten, tatsächlich aber, um die Versicherungssumme zu erhalten. Nach einem gemeinsamen Spätergang soll die Tochter ins Haus gegangen sein, kurz darauf erfolgte die Explosion. Die weiteren vorläufigen Ermittlungen haben ergeben, daß an dem betreffenden Abend ein Nachbar die Besitzerin des Hauses mit einem umhantelnden Paket gesehen hat. Durch die ärztliche Untersuchung der Leiche wurde festgestellt, daß die Hausbesitzerin unmittelbar durch den Explosionsstoß, der den Einsturz des Hauses verursachte, getötet worden ist.

Eisenbahnattentat in Island
 London, 15. August. Sechs bewaffneter Männer hielten einen Güterzug bei Reykjavik in der irischen Grafschaft Antrim an, nachdem sie zuvor einen Teil der Gleise abgerissen hatten. Dann zwangen sie Lokomotivführer und Beizer unter Drohungen, die Lokomotive des Zuges abzuhaken und in die Gleislücke zu fahren, wo sie umkürzte und den Eisenbahnstrecke verperrte. Man nimmt an, daß dieses Attentat mit den letzten Vorgängen in Cootehill in Zusammenhang steht.

Schwere Unwetterschäden auf der Insel Luzon
 Manila, 16. August. Die seit einer Woche niedergehenden starken Regenfälle haben auf der Insel Luzon ungeheure Unwetterschäden verursacht. Das hochwaller verwüstete Straßen, riß Brücken fort und richtete beträchtlichen Schaden an der Ernte an. Am Strande von Londo sind mehrere Menschen ertrunken. In Los Banos ereignete sich ein Erdstößchen, bei dem vier Personen getötet wurden.

Das Explosionsunglück in Macao
 Paris, 16. August. Bei der Explosionskatastrophe, die sich am vergangenen Donnerstag in Macao ereignete, sollen, wie Savos berichtet, den letzten Nachrichten zufolge, 21 Personen ums Leben gekommen und 31 verletzt worden sein. Von 64 beschädigten Häusern mußten 24 geräumt werden.

Ein Kraftwagen bei Kassel verunglückt
 Kassel, 15. August. Ein schweres, ungewöhnliches Automobilunfall ereignete sich in der vergangenen Nacht in der Nähe von Widenrod. Ein Kölner Fernkraftwagen geriet auf der stark abfalligen Straße am Pfaffenberge in immer schneller Fahrt und fuhr in rasender Geschwindigkeit gegen eine Gastwirtschaft. Der Führer des Wagens war auf der Stelle tot; ein mitfahrender Knabe wurde so schwer verletzt, daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird. Der Anprall an das Gebäude war so stark, daß der Kraftwagen vollständig zertrümmert wurde. Das Gasthaus weist lange Risse auf.

Raubüberfall auf einen ungarischen Postzug
 Temesvár, 13. August. Die Bahnpost des Zuges Temesvár-Orlova wurde in der letzten Nacht von Banditen gestohlen. Als der Zug in der Station Jablonica zwei Minuten hielt, brangen Banditen, die bewaffnet und maskiert waren, auf den Postwagen und raubten ihn vollständig aus. Um ihre Flucht zu beden, hielt einer der Räuber mit Wärmeschüssen das Bahnpersonal und die Reisenden in Schach. Den Banditen gelang es, in der Dunkelheit in die nahe gelegenen Wälder zu entkommen. Der Schaden konnte bisher noch nicht genau festgestellt werden.

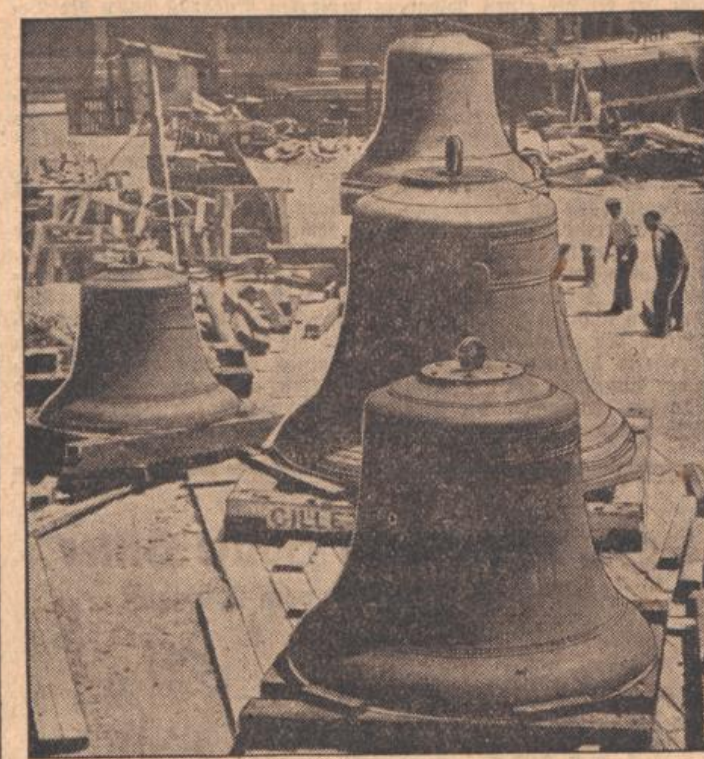
Der dritte Täter in einem Raubüberfall auf einen Kassenboten festgenommen
 Berlin, 15. August. (Eigene Meldung.) Am 28. Februar ds. Js. wurde auf den 53jährigen Kassenboten Otto Schulte von der Domstraße 148 in Neukölln, in dem sich eine Filiale der Danatbank befand, niedergeschlagen und um 10 000 M beraubt. Während zwei der Täter in der Zwischenzeit bereits festgenommen werden konnten, gelang es jetzt dem Beamten des Raubbezirks, den dritten Täter, einen 32jährigen Mann namens Leo Band, bei einer Razzia in einem Lokal in der Landsberger Straße, wo gerade der Gelangereite „Harmonie“ — ein Berliner Ringverein — eine Sitzung abhielt, zu ermitteln und festzunehmen.

Geistesgegenwart eines Chauffeurs
 Berlin, 16. Aug. Ein Droschkenschaffeur wurde gestern nacht von zwei jungen Burken zu einer Fahrt nach Hohenschönhausen aufgefordert. Als er auf unebenem Gelände angekommen war, hielt einer der Burken aus und erklärte, er müsse sich erst „orientieren“, da er die Gegend nicht genau kenne. Wöglich trat er mit besagener Pistole an den Chauffeur heran, setzte ihm die Waffe auf die Brust und verlangte die Herausgabe des Geldes. In der einsamen Gegend blieb dem Ueberfallenen nichts übrig, als seinen Geldbeutel mit 20 Mark Inhalt herauszugeben. Dann verlangten sie, daß der Chauffeur sie nach der Stadt zurückbringen und an der Stadtkasse abgeben sollte. Da jeder Widerstand zwecklos gewesen wäre, fuhr der Wagenführer nach Berlin zurück. Untermwegs kam ihm ein rettender Gedanke. Ohne daß seine Fahrgäste es sehen konnten, schaltete er das Licht aus und fuhr dunkel weiter, da er hoffte, daß eine Schußwunde ihn anhalten würde. An der Ecke der Eblingerstraße und der Landsberger Allee traten dann auch zwei Schupobeamte dem unbeleuchteten Wagen in den Weg und bielten ihn an. Mit wenigen Worten verständigte der Chauffeur die Polizisten vom dem Vorfall und die beiden Inassen mußten mit aufgehobenen Händen herauskommen. Es wurden auf der Straße als zwei junge Burken aus Eisen namens Probs und Dehn festgestellt.

Die Ueberflutungen im Yangtseki
 Washington, 16. Aug. Nach Mitteilungen des amerikanischen Gesandten in Peking an das amerikanische Staatsdeparte-

ment sollen 31 Millionen Menschen durch die Ueberflutungen im Yangtseki schwer gelitten haben. Der Gesandte schätzt auf 10 Millionen die Zahl der Personen, die ihre Häuser verlassen mußten. Nach den Schätzungen des amerikanischen Konsulates in Siantau sollen mehrere tausend Menschen ertrunken sein. Der Schaden soll etwa 150 Millionen betragen.

Neue Spur im Eisenbahnattentat in Tübingen?
 Samburg, 15. Aug. Die Polizei in Jever (Hannover) soll nach einer Meldung des „Samburger Fremdenblattes“ einen Mann verhaftet haben, auf den die Befragung des Käufers des zu dem Tübingen gerichteten Attentats benutzten Drahtes paßt. Der Verdächtige wurde der Polizei in Bremen übergeben. Die Polizeiführer nahmen sofort Verbindung mit der Berliner Kriminalpolizei auf.



Glocken am laufenden Band
 Bild in eine amerikanische Glockenfabrik, die die kostbaren Kirchenglocken gleich an groß bestellt. Trotz der allgemeinen Wirtschaftsdpression soll die Fabrik mit laufenden Aufträgen auf lange Zeit versorgt sein.



Die Weltmärkte erflicken an der neuen amerikanischen Rekord-Baumwollenernte
 Baumwollenernte in den amerikanischen Südstaaten. Die Ankündigung einer neuen Baumwoll-Rekordernte in Amerika hat auf den Baumwollbörsen der Welt einen katastrophalen Preissturz hervorgerufen. Es wurden Preise genannt, die fast um die Hälfte niedriger lagen, als zum selben Zeitpunkt des Vorjahres. Die amerikanischen Behörden erwidern erfindlich, zur Stützung der Preise ein Drittel der gelamten neuen Ernte vernichten zu lassen.

Gemeindepolitik

Bürgerauskunftsjahr in Gröningen
 Gröningen. Der Bürgerauskunft hat in der Sitzung vom 13. August nach einer dreistündigen Beratung den Vorschlag für das Jahr 1931 angenommen mit 40 gegen 7 Stimmen. Der Vorschlag, der in mehreren Abänderungen infolge der Notverordnungen in verschiedenen Positionen wesentliche Abträge erfahren mußte, sieht vor in Einnahmen 276 139 M., in Ausgaben 379 158 M. Zu beiden sind durch Bürgererwerbkauf 4300 M. durch Umlage 98 719 M. Der ungedeckte Aufwand für Zuzuzone und Wohlfahrt beträgt 55 700 M. Der Umlagefuß ist festgesetzt für Realsteuern auf 144 Pf., für Betriebssteuern auf 55 Pf. und für Gewerbesteuer auf 1035 Pf. An Realsteuer und Betriebssteuer werden erhoben je 150 Prozent des Landesbesizes. Die Steuerkapitalien sind wiederum zurückgegangen, ein Vermittlung Umlage ergibt nur noch 651 M. — Der Bürgerauskunft erhob in einer Entschuldigungs- einmütig Protest gegen die badiische Notverordnung und die schwere Belästigung der Gemeinde durch die Notverordnung.

Zum Bürgermeister ernannt
 Mainz, 15. Aug. Der heftige Innenminister hat zum Verfassungstage dem hiesigen Beigeordneten der Stadt Mainz Dr. Emil Kraus die Amtsbekleidung Bürgermeisters verliehen. Dr. Kraus ist Badener. Geboren am 29. Mai 1893 in Konstanz wirkte

er als Redakteur der Heidelberger Volkszeitung. Dann lebte mit ihm als Mitarbeiter der badiischen Nationalversammlung und des Landtags, als Geschäftsführer des Zentralverbandes der Inangestellten und vom Frühjahr 1925 bis Mai 1929 als Bürgermeister der Stadt Rehl.

Schwekingen verweigert den Lehrerbeitrag. Der Gemeinderat von Schwekingen hat beschlossen, den durch das badiische Notgesetz angelegten sog. Lehrerbeitrag an die badiische Staatskasse nicht abzuführen, da die Rechtsmäßigkeit des Notgesetzes angefochten sei und Mittel zur Zahlung der 24 000 RM. der Gemeinde nicht zur Verfügung stehen.

Gewinnauszug
 5. Klasse 37. Preussisch-Süddeutsche Staats-Lotterie.
 Ohne Gewähr Nachdruck verboten

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

5. Ziehungstag 14. August 1931
 In der heutigen Vormittagsziehung wurden Gewinne über 400 M. gezogen

6 Gewinne zu 10000 M. 64256 379434 399770
 4 Gewinne zu 2000 M. 35177 263174
 18 Gewinne zu 3000 M. 33210 126732 126196 143928 213360
 322446 341342 354790 371185
 59 Gewinne zu 2000 M. 6970 13654 18554 78009 89784 115163
 128759 134432 141491 163218 159633 176949 189181 194079 209616
 229865 250596 264502 273678 282645 297238 319162 334021 345777
 369297 370000 379915 382232 392466
 19 Gewinne zu 1000 M. 11 5514 10732 13485 15331 23993 34213
 36433 46166 61896 62889 69002 77420 77467 77699 80911 93384
 101717 110112 110322 111988 119646 136609 137357 139200 140118
 143939 164267 168968 173769 178051 182846 205389 206573 207468
 214287 223740 231244 250190 266399 267478 269311 281024 285322
 296071 297287 299536 292395 309586 314545 316108 321868 332861
 337027 371114 384638 384746 385196 383686 385940 371736 378791
 383489 390445
 178 Gewinne zu 500 M. 5237 5641 26494 26285 34631 41333 42005
 6716 67739 73969 75689 82293 83363 84663 86387 88420 94407
 94597 100111 109248 110051 110195 116419 118395 123115 124252
 126179 134829 134966 135736 144072 169233 170040 170247 179771
 183945 184356 187180 196433 203687 204768 205317 206771 214381
 215973 220644 229214 237650 251610 251744 253520 259651 264598
 265040 269210 271247 271564 271743 272670 273308 274142 278264
 280148 283915 288164 289697 290809 293129 311910 314840 315299
 321436 329830 334168 345801 346435 351896 355849 359297 361233
 363789 364662 366280 376832 380251 392196 396319 397146 398177
 In der heutigen Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 400 M. gezogen

2 Gewinne zu 50000 M. 223938
 2 Gewinne zu 10000 M. 246490
 16 Gewinne zu 5000 M. 3263 109340 182892 227903 267689 317130
 389201 393430
 22 Gewinne zu 3000 M. 8414 87087 102193 148996 175117 181596
 184938 186005 209909 231496 319421 356491
 46 Gewinne zu 2000 M. 47730 48284 76778 86780 112085 128256
 129393 130393 208393 220697 231539 237096 241248 263396
 316061 338578 348800 359287 364263 378020 385845 389907
 132 Gewinne zu 1000 M. 322 1140 3153 3191 6266 14008 26392
 44335 45318 45946 48336 50075 52181 52637 65447 69335 82903
 67118 69377 73674 75381 82798 87995 103961 104537 107159
 112343 114356 122220 125207 126165 130993 161518 172287 179624
 183438 184356 185060 186268 187771 174745 181222 184588 187888
 193973 198674 194873 201886 203023 217665 217739 241926 247529
 259344 279443 239806 241043 246702 257771 258412 267818 267974
 272690 274749 276321 275762 284611 290534 294896 302811 303359
 303322 308441 314623 314531 314623 324513 324517 326093 332819
 336112 343658 346958 357870 356679 366486 373983 386938 392180
 Im Gewinnrade verblieben: 2 Prämien zu je 500000, 2 Gewinne zu je 50000, 2 zu je 30000, 2 zu je 20000, 4 zu je 10000, 6 zu je 7500, 6 zu je 5000, 26 zu je 2500, 152 zu je 1000, 402 zu je 500, 810 zu je 300, 2498 zu je 200, 4852 zu je 100, 8068 zu je 50, 24444 zu je 400 Mark.

Gewinnauszug
 5. Klasse 37. Preussisch-Süddeutsche Staats-Lotterie.
 Ohne Gewähr Nachdruck verboten

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

5. Ziehungstag 15. August 1931
 In der heutigen Vormittagsziehung wurden Gewinne über 400 M. gezogen

8 Gewinne zu 5000 M. 19266 86906 150353 304340
 22 Gewinne zu 3000 M. 607 104519 110939 151429 243031 245529
 283929 287482 309034 316145 343890
 68 Gewinne zu 2000 M. 1841 4210 28227 48393 53412 60689 62493
 68103 73907 74477 96330 104097 107486 140707 142989 164172
 170780 186393 194393 221483 223466 248338 253949 259778 270303
 271544 277862 288690 301473 324169 337458 364233 367000 372478
 98 Gewinne zu 1000 M. 3125 10931 13238 20282 29835 32117
 38450 61133 62795 78447 80712 94317 101634 102560 105683
 146231 168923 170789 175572 185689 187703 199976 203130 208809
 214829 216653 227134 231618 236688 239460 241838 248371 249607
 264111 283225 294823 306444 323917 339264 362578 373678 392093
 397781 398023 391036 394430
 192 Gewinne zu 500 M. 189 2358 10644 17756 17958 21558 21819
 23920 24277 42714 45434 46199 46957 47771 54784 56936 57478
 58531 58497 61480 62622 62965 63911 67113 70217 79620 82821
 83963 86418 93474 101057 107269 107883 121832 129022 136730
 143454 154005 154800 156918 160961 161966 160457 161317 206768
 212592 216919 226522 229397 234533 238968 240681 244379 247789
 256732 256875 257421 258195 262809 269319 275985 278312 286879
 287223 294031 296851 300366 305129 317915 318725 319998 322642
 323140 323728 338970 338431 338008 338789 340763 341680 367986
 369986 362723 363188 366647 370780 371127 373978 376654 380388
 380979 384590 385272 386444 387614 392644
 In der heutigen Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 400 M. gezogen

2 Gewinne zu 10000 M. 373613
 4 Gewinne zu 5000 M. 224861 309319
 284983 334669 366800 384093
 66 Gewinne zu 2000 M. 11337 24202 51487 69100 72590 101383
 104513 127876 136452 139008 150777 159993 186962 187449 199951
 195416 240226 248920 269528 261443 292161 300132 300425 329781
 366388 367278 381438 394214
 112 Gewinne zu 1000 M. 639 5185 8715 16226 23327 32506 34531
 36268 51061 52880 59070 62783 64302 20137 67688 107601 125884
 129170 141884 143977 146971 47991 49098 51253 52174 55962 58718
 66910 76688 81942 82045 84698 90264 92685 95296 97383 107497
 107881 110591 111065 111267 140287 145428 166396 166842 171416
 172298 176510 176777 180137 185357 185604 188677 188738 216665
 218140 218206 219462 221860 222257 228156 228390 230475 231026
 231633 232251 236075 256545 262207 263053 268938 267948 267958
 271168 272909 275756 282948 285163 288909 294860 295253 298492
 302782 308974 319297 318713 320340 320471 321149 321818 327617
 328880 330874 334739 338448 343997 364135 365411 368019 367112
 372390 372722 377808 379237 379831 383428 384890 386653 389023
 398106
 Im Gewinnrade verblieben: 2 Prämien zu je 500000, 2 Gewinne zu je 50000, 2 zu je 30000, 2 zu je 20000, 4 zu je 10000, 6 zu je 7500, 70 zu je 5000, 2878 zu je 2500, 150 zu je 1000, 390 zu je 500, 770 zu je 300, 2278 zu je 200, 4644 zu je 100, 7666 zu je 50, 23334 zu je 400 Mark.

Redakteur: Georg Schäfflin. Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Inhalt: Hermann Winter; für den Anzeigenteil: Gustav Krüger. Samtliche Wochenschriften in Karlsruhe in Baden. Druck und Verlag: Verlagsdruckerei Volksfreund G.m.b.H. Karlsruhe.

Städte und Sparkassen

Die durch die letzte Notverordnung angeordnete plötzliche Kredit-trennung der Sparkassen von ihren Gewährsverbänden, den Gemein-den, hat bei den Kommunen Entrüstung und einmütige Ablehnung hervorgerufen. Der Präsident des Deutschen Städteages, Dr. Mulert, hat namens der Städte bei dem Reichsminister und bei Reichsfinanzminister Dr. Dietrich Harkort Einspruch dagegen eingelegt, daß diese Notverordnung ohne jede Fühlungnahme mit den Gemeinden und zum Teil in Unkenntnis der tatsächlichen Verhältnisse ergangen ist. Dr. Mulert hat beantragt, die Affäre 3 der Notverordnung alsbald wieder aufzuheben.

In dem Schreiben des Städteages heißt es, daß das Verbot des Kreditverkehrs zwischen Gemeinden und Sparkassen den Lebensnerv der kommunalen Selbstverwaltung trafe. Es werde völlig verkannt, daß die Sparkassen von eher auf Grund von Geleis und Statut zur gleichmäßigen Pflege von Realcredit und Kommunalcredit der Sparkassenaufgaben angelegt, im Kommunalcredit, der nach dem Gesetz eine Anwartschaft bis zu 25 Prozent zuläßt, im Durchschnitt gegenwärtig weniger als 17 Prozent (nicht nemens-wert mehr als in der Vorkriegszeit, obwohl der preußische Innen-minister noch vor wenigen Monaten die volle Ausnutzung des Gemeinbeitrags den Kommunen zur Pflicht gemacht hatte).

Die Gemeinden stehen im Rahmen der von ihnen in Anspruch genommenen Sparkassenmittel zugleich in einem regelmäßigen Kontokorrentverkehr bei den Sparkassen hinsichtlich der für sie ein-gehenden Steuern, Gebühren und sonstigen Einnahmen. Dieser völlig ordnungsmäßige Verkehr wird durch die Notverordnung zer-schritten. Die Gemeinden sind die Träger der Reichs- und Staats-gewalt in der örtlichen Justiz und müssen imstande sein, ihre Zah-lungen an Gehältern, Löhnen und Unterhaltungen regelmäßig zu leisten. Den Anlaß zur Krise haben bekanntlich weder die Städte, noch ihre Sparkassen, sondern die Großbanken gegeben, wobei hier nicht untersucht werden soll, inwieweit rechtzeitige Maßnahmen der

Reichsbank die Krise hätten verhindern können. Die Sparkassen sind nicht wegen des legalen Kommunalcredits in Schwierigkeiten gekommen, sondern im Zusammenhang mit der allgemeinen Zah-lungsmittelkrise. Insbesondere deswegen, weil auf ausdrückliches Verlangen der Reichs- und Staatsregierungen ein überreicher Teil der Sparkassenaufgaben im Realcredit und in jetzt illiquiden Reichs- und Staatspapieren eingeleistet worden ist.

Auch vom Standpunkt der Sparkassen aus wäre diese einschneidende Maßnahme nicht notwendig gewesen. Der Staat der Sparkassen ist völlig gesund. Die von den Sparkassen im Real- und Kommunalcredit angelegten Beträge sind erpflanzlich gesichert.

Die Benachteiligung der Gemeinden gegenüber der privaten Wirtschaft durch Reichsbank und Reichsregierung erhält nach Ansicht der Städte einen besonders grotesken Ausdruck durch die Bestimmung, daß den Gemeinden zwar der Weg zu den Instituten, die sie selbst für den kommunalen Kredit ausdrücklich geschaffen hatten, abgebrochen, gleichzeitig aber als selbstverständlich ange-sehen wird, daß die Gemeinden weiterhin wie bisher die volle Haf-tung dieser Institute tragen. Der sofort einberufene Vorstand des Städteages wird zu dieser Lage Stellung nehmen; es unterliegt keinem Zweifel, daß er zu einschneidenden Beschlüssen kommen wird.

An der Notverordnung vom 5. Jr. 1931 war die Zahlung der Reichsaufschüsse an Kommunen von Garantien für eine äußerst spar-kame Gemeinbewirtschaftung abhängig gemacht. Keine einzelne deutsche Stadt ist unter Berufung auf diese Bestimmung von der Reichs-hilfe ausgenommen worden. Dadurch haben Reichs- und Staats-regierung befunden, daß die jetzige Haushaltswirtschaft der Ge-meinden nicht zu beanstanden ist. Gleichwohl haben die Städte an-gesichts der gesamten Wirtschaftslage die Initiative ergriffen, um ihrerseits bestimmte Vorschläge für einen weiteren Abbau öffent-licher Ausgaben bei den Gemeinden selbst, aber auch bei Reich und Ländern zu machen, die bereits in allerhöchster Zeit der Öffent-lichkeit bekannt gegeben werden.

Letzte Nachrichten

Nazi und Kozi

Stralsund, 15. Aug. Nach dreitägiger Verhandlung ist im dem Prozeß gegen 15 Kommunisten und Nationalsozialisten aus Barth das Urteil gefällt worden, das gegen sechs Angeklagte auf je drei Monate, gegen weitere sechs auf je sechs Monate und gegen zwei Angeklagte auf je sieben Monate Gefängnis wegen einfachen und schweren Landfriedensbruchs in Verbindung mit Aufruhr und Ver-gehen gegen das Waffengesetz lautete. Der Verhandlung lagen die Vorgänge am 12. April in Barth zugrunde, wo bei einem Provo-kationsmarsch des Stahlhelms mehrere Personen verletzt wurden.

Schweres Autounglück

46 freie Turner verunglückt

Breslau, 17. Aug. (Sundienst.) Zwischen Glas und Barth ereignete sich am Sonntag morgen ein schweres Autounglück. 46 Personen der Breslauer Freien Turnerschaft wurden zum Teil erheblich verletzt. 39 Personen wurden nach dem Krankenstift Heide gebracht, 7 fanden im hiesigen Krankenhaus in Glas Aufnahme. Drei der Opfer, die im allgemeinen schwere Knochen- und Schädelverletzungen erlitten, schweben in Lebensgefahr.

Eine Ausflugs-Gesellschaft der Freien Turnerschaft, die etwa 80 Breslauer umfaßte, beabsichtigte eine Fahrt nach der Seufener im Glaser Gebirge. Die Abreise erfolgte in den frühen Morgenstunden in einem Lastkraftwagen mit Anhänger, die beide dicht besetzt waren; in einer Kurve nahe bei Hoholen kam der Anhängerwagen infolge der abgesehenen Fahrbahn ins Schleudern, ohne daß der Führer des Hauptwagens etwas davon merkte, er fuhr weiter, so daß der Anhänger schließlich umkürzte und 48 Personen mit voller Wucht auf die Straße hin, in den Chaußeegraben geschleudert wurden. Erst 90 Meter hinter der Unfallstelle konnte der Wagenführer abbremsen, indem er in einen Kieshaufen hineinfuhr.

Achtung, Staats- und Gemeindegeld!

Berlin, 17. Aug. (Sundienst.) Der Reichsarbeitsgeberverband kommunaler und anderer öffentlicher Betriebe hat das von ihm er-lasene einseitige Lohnkürzung vorläufig telegraphisch inibiert. Wahrscheinlich ist das im Hinblick auf die heute im Reichsarbeits-ministerium zwischen den Parteien beginnenden Verhandlungen ge-schehen.

Keine allgemeine Lohnkürzung in England

England vernünftiger als Deutschland

London, 17. Aug. (Sundienst.) In einem Interview des eng-lischen Ministerpräsidenten des Daily Herald dementierte Mac-donald die Behauptung einer Londoner Sonntagszeitung, daß die Regierung im Einverständnis mit den Konservativen und Libe-ralen ein Manifest zur allgemeinen Kürzung der Löhne und Gehälter zu veröffentlichen werde. MacDonald führte dazu aus: „Es wäre ein verhängnisvoller Fehler, die Notwendigkeit des Wiedertausches durcheinander zu bringen mit einem Gerude von Lohnkürzungen. Eine allgemeine Politik der Lohnkürzung würde den Erfolg haben, jede Industrie in Unordnung zu bringen und die wirtschaftliche Lage des Landes zu verschlechtern, statt zu ver-bessern.“

Veranstaltungen

Montag, den 17. August 1931:

Städt. Konzerthaus: Sondervorstellung Volksbühne Nr. 2. 20 Uhr. Gloria-Ballet: Drei Tage Mittelmeer. Mit Europa. Kammer-Vorstellung: Sittlich die Nacht. Der Hahn im Nord. Weidens-Vorstellung: Er oder ich. Schmelting gegen Ströbling. Schandburg: Die Privatsekretärin. Bräutlein Gise.

Aus der Stadt Durlach

Unwetter

Sonntag nachmittags gegen 4 Uhr entlud sich über unserer Ge-markung ein sehr schweres Hagelwetter. Etwa 10 Minuten lang kamen Hagelkörner bis zu Taubeneiergröße mit furchtbarer Ge-walt, so daß an Reben-, Obst- und Feldkulturen schwerer Schaden angerichtet wurde. Dieser Schaden dürfte umso schwerwiegender sein, als bereits am 7. Mai durch Hochwasser schwerer Schaden ent-stand und auch in den beiden nachfolgenden Monaten starke Regen-schläge nachteilige Folgen für die Feldkulturen mit sich brachten.

Die gestrige Sternfahrt der umliegenden Bezirke des Arbeiter-radfahrerbundes „Solidarität“ mit dem Zielort Durlach hatte gleichfalls unter dem vorstehend geschilderten Unwetter zu leiden. — Eine „Notiport“veranstaltung, deren geplanter Festzug übrigens durch das Unwetter verboten wurde, dürfte durch das Hagelwetter übrigens auch stark „verwässert“ worden sein.

Sozialdemokratische Rathausaktion. Auf die heute abend 8 Uhr im Rathaus, Zimmer 1, stattfindende Fraktions-sitzung machen wir nochmals aufmerksam.

Marktberichte

Schweinemarkt am 15. August. Der Markt war befahren mit 66 Läufern und 159 Ferkelschweinen; verkauft wurden 54 Läufer- und 159 Ferkelschweine; Preis per Paar Läuferchweine 30 bis 42 Mark, Ferkelschweine 14 bis 24 Mark.

Der Dank vom Hause Hitler

an die 30-Stimmer vom 9. August



Angriff-Redakteur Dr. v. Leers: „Die nationalen Bürger haben sich beim Volksentscheid geschlagen wie die Säue.“

Völkischer Beobachter: „Die Landvolkpartei gilt es zu zertrümmern. Wer sich zu einer Schweinebande bekennt, ist eben ein Schwein.“

EMPFEHLENSWERTE SPEZIAL-FIRMEN		
<p>KÜHLSCHRÄNKE KÜHLANLAGEN</p>  <p>ausgerüstet mit</p> <p>ROT-SILBER-KÜHLAUTOMAT AS</p> <p>Hermetisch geschlossen Keine Explosions-Gefahr Kein Gasentweichen</p> <p>Praktisch unbegrenzte Lebensdauer kein Nachfüllen von Öl u. Kältemedium selbsttätige Regelung d. Kälteerzeugung</p> <p>BROWN, BOVERI & Cie. A.G. MANNHEIM</p> <p>Abt. Kälte-Maschinen</p>	<p>Hch. Langendörfer</p> <p>Walzenmühle - Weingarten i. B. - Telefon Nr. 19</p> <p>empfiehlt neben seinen Weizen- und Roggen-mehlen Spezialmehle wie Kommismehl, Weizenschrot, Roggenschrot</p>	<p>Städt. (Oeffentl.) Sparkasse BADEN-BADEN</p> <p>Amtliche Hinterlegungsstelle</p>
<p>Leipheimer & Mende</p> <p>Das Spezial-Geschäft</p> <p>für Herren- und Damen-stoffe, Wäsche- und Haushaltstoffe</p>	<p>Knopf</p> <p>Geschw. Knopf</p> <p>Das große mod. Warenhaus für Alle</p>	<p>Drogerie Wilhelm Tscherning</p> <p>Ecke Amalien- und Karlstraße Fernsprecher 619</p> <p>Mitglied der Rabattspargruppe</p>
<p>WINSCHERMANN G. M. B. H.</p> <p>Stefanienstraße 94 Fernsprecher: 815, 816, 817</p> <p>Kohlen, Koks, Briketts, Holz</p>	<p>BESUCHT DAS</p> <p>VOLKSHAUS</p> <p>SCHÜTZENSTRASSE 16</p>	<p>Natürliche Mineralbrunnen</p> <p>des In- und Auslandes zu Kurzwecken und als tägliches Tischgetränk in allen Preislagen</p> <p>BAHM & BASSLER</p> <p>KARLSRUHE 1. B., Zirkel 30, Telefon 265 FREIBURG 1. B., Lagerhausstr. 19, Tel. 2967</p>
<p>Inserieren im Volksfreund</p> <p>Belebt das Geschäft - Erhöht den Umsatz</p>		
<p>Im Ausschank das bekannte u. beliebte</p> <p>MONINGER BIER</p> <p>ANGENEHMER AUFENTHALT!</p>		
<p>Ihre Damenhüte kaufen Sie gut und billig bei Geschwister Gütmann</p>		

